

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIII/19

Bonn, den 26. Januar 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	Großbritannien und die EWG ----- Zu einem wichtigen Beschluß des britischen Kabinetts	39
2	Ein Akt der Vernunft ----- Zur Normalisierung der deutsch-jugoslawischen Beziehungen	48
3	Schleswig-Holsteins Verfassungsschutz unter Beschuß ----- SPD-Landtagsfraktion fordert Aufklärung	45
4	Wer ist Monsieur Poujade ? ----- Kleines Porträt des Generalsekretärs der Gaullisten Von Georg Scheuer, Paris	43
5 - 6	Bewahrer der deutschen Exilliteratur ----- Zum 80. Geburtstag von Wilhelm Sternfeld am 1. Februar 1968	70

\* \* \*

### Großbritannien und die EWG

#### Zu einem wichtigen Beschluß des britischen Kabinetts

sp - Das britische Kabinett hat am Freitag dieser Woche beschlossen, die inzwischen bekanntgewordenen Anregungen der Beneluxstaaten und der Bundesrepublik zur Methode der weiteren Verhandlungen für den Beitritt Großbritanniens zur EWG zu billigen. Dies bedeutet, daß sich in der britischen Regierung die Vorstellung durchsetzte, man müsse am Verhandlungstisch bleiben und könne nicht von den EWG-Mitgliedern Bundesrepublik, Italien, Holland, Belgien und Luxemburg verlangen, sie müßten ohne Frankreich die Prozedur für das Aufnahmeverfahren von beitriftswilligen Staaten festlegen.

Der politische Wert dieser Entscheidung des britischen Kabinetts kann besonders in der gegenwärtigen Situation Europas nicht hoch genug bewertet werden. Großbritannien gibt dadurch seinen europäischen Freunden zu verstehen, daß es trotz der bekannten Schwierigkeiten nicht daran interessiert ist, das Einigungswerk des Europa der Sechs zu stören.

Zweifellos wird diese Entscheidung einen wohltuenden Einfluß auf jene Bemühungen des deutschen Außenministers ausüben, der in den letzten Wochen bestrebt war, eine gute Verhandlungsatmosphäre unter allen europäischen Staaten zu erhalten und darüber hinaus - für ein Zwischenstadium - die technologische Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und den EWG-Partnern zu fördern.

Bemerkenswert ist auch, daß die holländische Regierung, die nach der letzten Ministerratssitzung der EWG am 19. Dezember 1967 in Brüssel ursprünglich die weitere Erörterung des EWG-Beitrittsgesuches Großbritanniens ohne Frankreich für möglich gehalten hatte, nunmehr die größere Verhandlungsplattform erhalten wissen will.

Die Entscheidung des britischen Kabinetts und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die europäische Politik lassen erkennen, wie wenig gut jene Politiker beraten waren, die nach dem 19. Dezember von der Bundesregierung gefordert hatten, sie solle sich über die Einwände der französischen Regierung hinwegsetzen und ohne Rücksicht auf das zukünftige Verhalten Frankreichs mit den übrigen EWG-Partnern eine "eigene Europapolitik" entwickeln. Es gehört kein großer Scharfsinn dazu, um sich vorzustellen, welche Situation dann in Europa entstanden wäre.

Jetzt muß mit Geduld weiter an dem Einigungswerk Europas gearbeitet werden. Gewiß werden auch in Zukunft Schwierigkeiten entstehen. Entscheidend ist jedoch der gemeinsame Wille, das Einigungswerk fortzusetzen.

+ + +

## Ein Akt der Vernunft

### Zur Normalisierung der deutsch-jugoslawischen Beziehungen

sp - In diplomatischen Kreisen Bonn's ist man davon überzeugt, daß der Normalisierung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien nichts mehr im Wege steht. Die in Paris seit Beginn dieser Woche geführten Verhandlungen sind praktisch abgeschlossen. Wenn nichts mehr dazwischen kommt, wird der Außenminister am kommenden Mittwoch dem Bundeskabinett offiziell mitteilen können, daß Jugoslawien und die Bundesrepublik bereit sind, Botschafter auszutauschen. Auch in Belgrad wird mit der Billigung dieses Schrittes gerechnet.

Damit wird ein Kapitel der deutsch-jugoslawischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg abgeschlossen sein, das nicht zu den hervorragendsten Leistungen der früheren deutschen Diplomatie gehörte. Sollte die Geschichte doch endlich einmal als Lehrmeister gelten, wird man sagen dürfen, daß es immer schlecht ist, wenn man die Beziehungen zwischen Völkern und Staaten auf der Grundlage von sogenannten Doktrinen regeln will. Fast immer führen derartige Versuche in eine Sackgasse.

Über ein Jahrzehnt hat die Bundesrepublik darauf verzichtet, in Jugoslawien offiziell vertreten zu sein. Auch hier wurde vielfach das Bild des freien Teils Deutschlands durch eine gegen die Bundesrepublik gerichtete Propaganda von Ostberlin aus geprägt. Wenn nicht in allen diesen Jahren der deutsche Touristenstrom fast unbehindert nach Jugoslawien hätte fließen können, wäre die Bundesrepublik sicher in eine hoffnungslose Position geraten.

Andererseits hat aber auch Jugoslawien durch seine liberale Handhabung der Ausreise von Arbeitskräften nach der Bundesrepublik die Verbindung von Volk zu Volk aufrechterhalten. Dies zusammen und der Wille der neuen Bundesregierung, Doktrinen aus der deutschen Außenpolitik zu verbannen, hat wesentlich zu dem jetzigen Ergebnis der jüngsten deutsch-jugoslawischen Verhandlungen beigetragen.

In Bonn und in Belgrad wird man gleichermaßen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen begrüßen. Auf beiden Seiten wurde Übereinstimmung darüber erzielt, daß erst nach dem Botschafteraustausch jene politischen Probleme erörtert werden sollen, die noch offengeblieben sind.

Die deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsverhandlungen, die jetzt eine kurze Unterbrechung erfahren haben, sollen ebenfalls vor einem positiven Abschluß stehen. In dieser Beziehung konnte zügiger verfahren werden, weil die jugoslawische und die deutsche Wirtschaft trotz der unterbrochenen diplomatischen Beziehungen in einem ständigen Kontakt verblieben war. Schwierigkeiten, die während dieser Zeit aufgetaucht waren, werden jetzt sicher schneller bereinigt werden können.

Über eines sollte man sich jedoch klar sein: Die Normalisierung der Beziehungen zwischen Jugoslawien und der Bundesrepublik darf nicht als ein "Erfolg" oder gar "Sieg" der einen oder anderen Seite gewertet werden. Das wäre für niemanden gut, denn gerade durch Ausklammerung von gewissen immer noch vorhandenen Widerständen ist man zu dem jetzigen Ergebnis gelangt. Je sachlicher und unvoreingenommener die neue Phase der deutsch-jugoslawischen Beziehungen mit Leben erfüllt wird, um so besser wird es für unsere beiden Völker und damit für Europa sein.

## Schleswig-Holsteins Verfassungsschutz unter Beschuß

---

### SPD-Landtagsfraktion fordert Aufklärung

kl. - Der schleswig-holsteinische Landtag wird sich auf Wunsch der Sozialdemokraten am 5. Februar mit dem Vorgehen des Kieler Landesamtes für Verfassungsschutz vor allem an der Christian-Albrechts-Universität der Landeshauptstadt zu befassen haben. Die SPD-Fraktion hat das CDU-FDP/Koalitions-Kabinett unter Ministerpräsident Dr. Helmut Lemke (CDU) aufgefordert, "die Beobachtungen studentischer Hochschulgruppen an der Universität einzustellen, da sich keine Anhaltspunkte für verfassungseindliche Tätigkeit ergeben haben."

Der Landtag soll nach dem Willen des Oppositionsführers Joachim Steffen ferner die Forderung an die Regierung richten, sie möge dafür sorgen, "daß an den wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Schleswig-Holstein nachrichtliche Tätigkeit anderer Organisationen nicht nach freiem Belieben ausgeübt wird "

Es gibt gar keinen Zweifel, daß diese Anträge mehr als dringend im nördlichen Bundesland geworden sind. Die Formen, mit denen politische Hochschulgruppen vom Verfassungsschutz überwacht worden sind, waren unerträglich. Die Art, wie man V-Leute einzelner Hochschulgruppen anwarb, um Informationen über andere, vor allem den SDS, einzuholen, waren mehr als dilettantisch.

Sicher müssen auch an Universitäten Feststellungen eingeholt werden, ob Bestrebungen im Gange sind, die sich gegen die freiheitliche Grundordnung der Bundesrepublik richten. Es unterliegt aber gar keinem Zweifel, daß das an der Kieler Universität nicht der Fall ist.

Die Mentalität der jungen Leute, die Form sich auszudrücken, ist anders geworden. Ihr Unbehagen über die Gesellschaft, ihre Forderung nach Hochschulreform statt Exmatrikulationsbestimmungen, bestehen zu Recht. Das Kieler Innenministerium, das den Verfassungsschutz auf die Universität ansetzte, hätte diese Fakten in das Kalkül einbeziehen müssen.

Es wird nun auch ein ernstes Wort über die Formen zu reden sein, mit denen Verfassungsschutzbeamte sich im nördlichen Bundesland an Krankenkassenparteien herangemacht haben. Man fragt sich, in welche Parteien die Verfassungsschutzbeamten sonst noch blicken. Man fragt sich, ob überhaupt noch die elementaren Schweigepflichten der Ärzte, Rechtsanwälte, Finanzämter, Banken und Seelsorger beachtet werden.

Das Bundesinnenministerium sollte die Verfassungsschutzämter anweisen, diese Schweigepflichten aufs peinlichste zu beachten. Das Bundesversicherungsamt sollte die eindeutige und bindende Rechtsauskunft herausgeben, daß ein Blick in die Krankenkassen nicht gestattet ist. Das Kieler Innenministerium aber sollte sich danach richten und die verantwortlichen Männer rügen, die die Unruhe an der Kieler Universität und unter den Mitgliedern von Krankenkassen unabtig verursacht haben.

Wer ist Monsieur Poujade?  
-----

Von Georg Scheuer, Paris

Zum Generalsekretär der gaullistischen Partei wurde vor kurzem Robert Poujade (39) gewählt. Er ist mit dem Chef der rechtsradikalen Kleinbürgerbewegung Pierre Poujade weder identisch noch verwandt. Der "neue" Poujade stammt aus Dijon und ist seit 1958 hauptamtlich Sekretär der gaullistischen Partei, Mitglied des Zentralkomitees und technischer Berater für Wirtschafts- und Sozialfragen.

Die Bezeichnungen "ZK" und "Generalsekretär" übernahmen die Gaullisten von den Kommunisten. Das gaullistische ZK besteht aus 108 Mitgliedern. Als Konkurrenten Poujades für den Posten des Generalsekretärs kandidierten der frühere Minister Triboulet (62), der ehemalige Staatssekretär Charbonnel (60) und Habib-Deloncle (46), vormals Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten und Präsident der Vereinigung für französisch-österreichische Freundschaft. Es ist interessant, daß das gaullistische ZK nach langen Debatten und Überlegungen schließlich den jüngsten Kandidaten wählte. Der Generalsekretär gilt als verlängerter Arm des Premierministers Pompidou, der wieder seine Weisungen direkt von de Gaulle erhält. Noch vor der Wahl Poujades nannte man folgende unentbehrliche Eigenschaften für einen Generalsekretär der gaullistischen Partei in der gegenwärtigen Situation:

1. Eine "gaullistische Vergangenheit", ohne aber zur alten Generation zu gehören,
2. Organisationstalent,
3. Autorität und Prestige,
4. Keine Zugehörigkeit zu Linksgaullisten, Rechtsgaullisten oder anderen Tendenzen.

Poujade ist seit 22 Jahren aktiver Gaullist. Als 18-jähriger begann er in der gaullistischen Jugendbewegung, gründete drei Jahre später eine Zeitschrift der RPF, der ersten gaullistischen Partei. Später baute er die Ortsgruppe der ENR in Dijon auf und sitzt seit 1960 im Zentralkomitee. Bei den letzten Wahlen gelang es ihm, den demokratischen Bürgermeister von Dijon, den Domherrn Kir zu schlagen, der jahrelang Alterspräsident der Nationalversammlung war. - Autorität bei den eigenen Leuten besitzt Poujade zweifellos. Sein Porträt: starke Backenknochen, resolute Kinn, dunkles Haar über eigensinniger Stirn.

Da die Gaullisten seit langem auf dem Kriegsfuß mit der Universität und überhaupt mit den Intellektuellen stehen, könnte Poujade auch hier vermittelnd wirken. Er ist selbst Professor, Professorensohn und mit einer Philosophieprofessorin verheiratet. Ausschlaggebend ist schließlich, daß Poujade alle Garantien gibt, nicht etwa als Gegenspieler des Premierministers Pompidou aufzutreten, sondern den Bedürfnissen des Regimes Rechnung zu tragen, ohne aber als Nachbeter zu figurieren. Ob alle diese Erwartungen, die man im Elysée und in der Regierung auf den neuen Generalsekretär setzt, berechtigt sind, wird man bald wissen.

Bewahrer der deutschen Exilliteratur

Zum 80. Geburtstag von Wilhelm Sternfeld am 1. Februar 1968

sp - Seit 1939 lebt Wilhelm Sternfeld in London, und in dieser Stadt begeht er auch am 1. Februar seinen 80. Geburtstag. Für die junge Generation mag sein Name nicht viel bedeuten, für das literarische Deutschland aber ist Sternfeld ein Begriff. Und gerade unsere Jugend hat allen Grund, für sein Wirken dankbar zu sein. Ihm widerfuhr die Ehre, gemeinsam mit Theodor Wolff, Ludwig Marcuse und Hugo Simon 1937 von Hitler ausgebürgert zu werden; und dies nicht nur seiner jüdischen Abstammung wegen. Wilhelm Sternfeld, Kriegsfreiwilliger des Ersten Weltkrieges, hatte sich durch sein unerschrockenes Eintreten für Freiheit und Demokratie, für die Verwirklichung des Humanen in der Gesellschaft und in den Beziehungen zwischen Menschen Völkern und Rassen den Haß der braunen Machthaber zugezogen. Dies chrenvolle Verdammungsurteil hat Sternfelds Blick nicht getrübt und seine Kraft nicht gebrochen. Unter Zurückstellung seiner eigenen Person sah er es als seine Hauptaufgabe an, in der Emigration die Verbindung mit den exilierten Literaten und Schriftstellern aufrechtzuerhalten, ihnen Mut zuzusprechen und, wo es irgendwie ging, ihnen materielle Hilfe zukommen zu lassen. Er gehörte nie zu denen, die das deutsche Volk in seiner Gesamtheit verurteilten. In unzähligen vielbeachteten Aufsätzen und Artikeln trat er im Exil der Kollektivverdammung entgegen. Thomas Mann gehörte zu seinen Freunden. In einem an Sternfeld gerichteten Brief schrieb Mann:

\* "Als Nachfolger von Friedrich Burschell übernahmen Sie im Jahre  
\* 1938 die Leitung der Schriftstellergruppe, die meinen Namen  
\* trägt, und haben den damit verbundenen Hilfswerk - erst in Prag,  
\* dann in London - sehr zum Nutzen unserer Mitglieder vorgestanden.  
\* In Ihrer Eigenschaft als Leiter der T.N.-Gruppe haben sie bis zum  
\* 1. Mai 1939 - also noch nach der Besetzung von Prag - Dutzenden  
\* von deutschen Künstlern zur Flucht über die Grenze verholfen und,  
\* direkt oder indirekt ihre Niederlassung in England möglich ge-  
\* macht.

\* In London dann, blieben Sie, unter Hintansetzung Ihrer eigenen  
\* beruflichen und finanziellen Interessen, als Helfer unermüdetlich.  
\* Mit bewundernswerter Energie und erstaunlichem Erfolg hat, - um

\* nur ein Beispiel zu nennen - die T.M.-Gruppe sich für die Entlas-  
\* sung der Kollegen eingesetzt, die nach dem Falle Westeuropas auf  
\* der Isle of Man oder in Australien interniert waren. De facto be-  
\* fanden nach bloßen sechs Monaten mehr als 80 Prozent der Gefange-  
\* nen (soweit sie unserer Gruppe angehörten) sich wieder in Freiheit.

\* Selbst das Ende des Krieges schien Ihnen kein Grund, Ihre umfassen-  
\* de caritative Tätigkeit abzuschließen oder auch nur einzuschränken.  
\* Eine bedeutende Reihe von notleidenden Schriftstellern und Künst-  
\* lern in aller Welt sieht sich aufgrund Ihrer gewissenhaften Empfeh-  
\* lungen und Darlegungen durch Hilfsaktionen verschiedenen nationa-  
\* len Ursprungs vor äußerstem Elend bewahrt.

\* Mit Genugtuung erinnere ich mich ferner Ihrer Initiative vom Jahre  
\* 1947, derzufolge das PEN-Zentrum der Vereinigten Staaten beschloß,  
\* "innerdeutsche" Schriftsteller, deren politische Integrität außer  
\* Frage schien, in seine internationale Hilfsaktion einzubegreifen, -  
\* ein Beschluß, der zahlreichen in den Westzonen ansässigen Autoren  
\* (in den Jahren 1947 - 49) zu den so erwünschten "Care"-Paketen ver-  
\* half.

\* Daß alles, was Sie unternahmen und hilfreich fortführten, ohne je-  
\* des Entgelt getan wurde, - ja, daß Sie, ein Mann ganz ohne Vermö-  
\* gen, die nicht unerheblichen Spesen aus selbst erschlossenen Quel-  
\* len zu decken vermochten, läßt mir Ihre Verdienste um so größer  
\* erscheinen."

Das demokratische Deutschland hat viele Gründe, Persönlichkeiten wie  
Wilhelm Sternfeld zu Dank verpflichtet zu sein. Sie haben dazu beigetra-  
gen, das Vorhandensein eines anderen besseren Deutschland auch in dunkel-  
sten Zeiten im Bewußtsein der Menschen lebendig zu erhalten. Die deut-  
sche Exilliteratur, für viele noch ein mühsamer Zugang zum Verständnis  
schicksalhaften Geschehens, findet in Wilhelm Sternfeld einen liebevoll-  
en und auf Sorgfalt bedachten Interpreten und Bewahrer. Davon zeugt  
seine 1962 von ihm mit redigierte Bibliographie der deutschen Exilli-  
teratur von 1935 bis 1945. Im Herbst dieses Jahres wird eine erweiterte  
und endgültige Ausgabe erscheinen. Keiner, der sich mit der jüngsten Ge-  
schichte und Literatur befaßt, wird daran vorbeigehen können. Wir brau-  
chen solche Quellen, um unserem Volk zu helfen, nicht mehr in die Schre-  
ken der Vergangenheit zurückzufallen.